

Erhard Crome

Russlands Krieg und die Diplomatie

Ende 2022 wurde sowohl in Kiew als auch in Moskau erklärt, man sei für einen Friedensvertrag. Die *Neue Zürcher Zeitung* (27.12.2022) titelte: „Kiew und Moskau liefern sich einen Propagandakrieg um Friedensgespräche“, und merkte an: „Der ukrainische Verteidigungsminister und Wladimir Putin verkünden beide laut, sie seien für Verhandlungen offen. Doch sie formulieren Vorbedingungen, die diese faktisch verunmöglichen.“ Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij stellte sogleich eine „Friedensformel“ vor, deren Kern der vollständige Abzug der russischen Truppen von dem gesamten ukrainischen Territorium – gemeint war: einschließlich der Krim – sowie Wiedergutmachungszahlungen für die vom russischen Militär angerichteten Zerstörungen in der Ukraine sein sollten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow betonte, Voraussetzung für einen Friedensvertrag sei, dass Kiew die Annexionen der Krim sowie der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja anerkennt (*neues deutschland*, 30.12.2022). Beide hatten unter dem Deckmantel angeblicher Friedensbereitschaft Bedingungen eines Siegfriedens der eigenen Seite umrissen.

Dieser Krieg bleibt ein Aggressionskrieg Russlands. Einige Charakteristika haben sich jedoch geändert. Als Putin im Februar 2022 den Befehl zum Krieg gab, schienen seine Begründungen, es ginge gegen Faschismus in der Ukraine und es sei ein Krieg des Westens gegen Russland, monströs und reine Zweckpropaganda – wie einst die Behauptung von George W. Bush, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, weshalb man sofort den Irak überfallen müsse. Je länger der Krieg jedoch andauert, desto mehr nimmt er den Charakter an, den Putin damals behauptet hatte. Dass es inzwischen ein Krieg des Westens gegen Russland ist, in dem die Ukraine das Kanonenfutter stellt, ist unzweifelhaft.

Vor einigen Jahren galt: Im Kampf zwischen dem Zaren und den Bojaren hat in Russland der Zar gewonnen und in der Ukraine die Bojaren. Inzwischen hat Selenskij im Namen des Kriegsrechts die ukrainischen Oligarchen seiner Macht unterworfen. Der Präsident verbot oppositionelle Fernsehsender, seine Staatsanwälte klagten seinen Vorgänger Petro Poroschenko des Hochverrats an, er gestaltete den Obersten Gerichtshof unter Verletzung der ukrainischen Verfassung um, unterzeichnete Gesetze zur Diskriminierung der russischen Sprache und verbot elf politische Parteien (*globalbridge.ch*, 15.08.22). Anfang 2023 hat Selenskij auf der Grundlage von Geheimdienstinformationen vier Parlamentsabgeordneten die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen (*welt.de*, 11.01.23). Die westliche Behauptung, die Ukraine würde „unsere Freiheit“ verteidigen, erweist sich als Lüge.

Krieg und Diplomatie

Die Vorstellung, Krieg und Diplomatie würden sich gegenseitig ausschließen, wäre naiv und ist historisch falsch. Auch während eines Krieges gibt es diplo-

matische Kanäle, hier zwischen Russland und Deutschland, Frankreich sowie den USA. Aus russischer Sicht jedoch schränken der Krieg, sein militärisch unvorhergesehener und sich zeitlich hinziehender Verlauf die Spielräume der Außenpolitik und Diplomatie immer mehr ein. Hatte Russland vor dem Krieg vergleichsweise große außenpolitische Spielräume – nicht nur als eine der großen Atomkräfte und als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates – weit über seine wirtschaftlichen Kapazitäten hinaus, so dient die Diplomatie jetzt in erster Linie dazu, die negativen Folgen des Krieges möglichst zu begrenzen.

Das hat auch Folgen für das internationale System. Henry Kissinger schrieb in der Einleitung zu seinem großen Werk über die Großmächtediplomatie in Europa nach Napoleon: „Sobald eine Macht die internationale Ordnung oder die Art ihrer Legitimität ablehnt, werden die Beziehungen zwischen ihr und den anderen Mächten revolutionär. Dann geht es nicht um die Beilegung von Differenzen innerhalb eines gegebenen Systems, sondern dann geht es um das System selbst.“¹ Mit „revolutionär“ ist nicht gemeint, dass etwas historisch Fortschrittliches geschieht, sondern dass ein gegebenes internationales System, das auf bestimmten machtpolitischen, rechtlichen und ideologischen („wertebezogenen“) Grundlagen beruht, von einer Macht grundsätzlich infrage gestellt wird. Für die „revolutionäre Macht“ ist dann nicht entscheidend, „dass sie sich bedroht fühlt [...], sondern es geht darum, dass nichts die revolutionäre Macht beruhigen kann. Nur die absolute Sicherheit – also die Neutralisierung des Gegners – wird von ihr als ausreichende Garantie angesehen“.² So betrachtet ist die Entscheidung Moskaus zum Ukraine-Krieg folgerichtig – und ein Akt des Aufbegehrens gegen die westliche Weltordnung, die die USA, die NATO und die EU seit 1999/91 zu errichten wähten.

Tatsächlich ist es, wie Petra Erler einschätzt, „die Abwesenheit einer europäischen Sicherheitsarchitektur, die für alle Staaten des Kontinents akzeptabel ist und ihre legitimen Sicherheitsbedürfnisse respektiert, die in diesem Krieg zum Ausdruck kommt“. Für eine Sicherheitsarchitektur sind jedoch nicht nur Prinzipien vonnöten, sondern auch Verfahren und Institutionen, die Dialog und Kontroll- sowie Konfliktlösungsmechanismen ermöglichen. „Der russischen Seite kann nicht ein Mangel an Versuchen vorgeworfen werden, eine solche Friedensordnung zu schaffen. Das haben die USA und die von ihr geführte NATO verhindert. Man muss Russland vorwerfen, dass es das Feld der Diplomatie verließ, nunmehr amerikanischen Spielregeln folgte und seine Interessenpolitik auf das Feld des Militärischen verlagerte, unter Missachtung des Völkerrechts. Das ist, gemessen an der russischen Politik der letzten Jahre, ein unerhörter Tabubruch, gemessen am amerikanischen Politikverständnis der letzten Jahrzehnte nicht mal ein Gleichziehen.“³

¹ Henry A. Kissinger: Großmachtdiplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, Düsseldorf/Wien: Econ-Verlag 1962, S. 8.

² Ebenda.

³ Petra Erler: Zeitenwende, in: Erhard Crome (Hrsg.): Zeitenwende? Der Ukraine-Krieg und die

Die Konsequenzen für die Diplomatie sind weitreichend. Dazu wieder Kissinger: „Unter solchen Umständen kann Diplomatie nicht funktionieren, jene Kunst, die Ausübung der Macht in Schranken zu halten. Es ist falsch, glauben zu wollen, Diplomatie könne immer internationale Meinungsverschiedenheiten beilegen, wenn nur ‚guter Wille‘ und ‚die Bereitschaft, zu einem Übereinkommen zu gelangen‘, bestünden.“ In einer Ordnung, die sich in einem revolutionären Umbruch befindet, „wird nämlich jede Macht ihrem Gegner vorwerfen, dass es ihm gerade an diesen Eigenschaften fehle. Auch dann mögen sich Diplomaten noch treffen. Doch sie können einander nicht überzeugen, weil sie nicht mehr eine gemeinsame Sprache sprechen. Wenn es an einem allgemeinen Übereinkommen darüber mangelt, was man unter einer vernünftigen Forderung versteht, sind diplomatische Konferenzen angefüllt mit ständigen Wiederholungen der eigenen Ausgangspositionen, mit Beschuldigungen der anderen Seite und mit Vorwürfen, der andere sei unvernünftig oder hinterhältig. Sie werden zu fein ausgeklügelten Schauspielen in dem Versuch, die Neutralen auf die eigene Seite zu ziehen.“⁴

Genau betrachtet, haben wir hier eine exakte Beschreibung der derzeitigen außenpolitisch-diplomatischen Lage, die sich mit dem Ukraine-Krieg verbindet. Kissinger fügte allerdings hinzu, dass dies für jene Mächte und ihre Politiker und Diplomaten besonders schwierig ist, „die an lange Jahre äußerer Ruhe gewöhnt sind und an sich selbst noch keine Katastrophe erlebt“.⁵ Das gilt jedenfalls für Berlin. Die Moskauer „Elite“ dagegen agiert seit den 1980er Jahren unter der Voraussetzung der „Katastrophe“.

Perzeptionsprobleme

Der ukrainische Krieg Russlands tobt seit Monaten, mit tausenden Toten, zerstörten Städten und Dörfern und Millionen Flüchtlingen. Es wurde ein Abnutzungs- oder Ermattungskrieg, Moskau will die Kiewer Regierung und Armee ermatten und am Ende noch einen Sieg erringen, Washington will Moskau ermatten und Russland als relevante Weltmacht ausschalten. EU-Europa und Deutschland wurden bereits politisch und ökonomisch ermattet und erscheinen nur noch als Schatten der Globalpolitik der USA. Die deutsche Bundesregierung will alles für eine Niederlage Russlands tun. Und tut so, als hätten die deutschen Truppen nicht bereits zweimal weit im Osten, zuletzt 1941 kurz vor Moskau gestanden.

Zu Friedensverhandlungen ist derzeit niemand bereit. Russland will den Siegfrieden, auch die Ukraine. Und die Globalisten in den USA meinen ebenfalls, sich einen Verständigungsfrieden sowohl aus innenpolitischen Gründen als auch, um ihre welthegemoniale Position zu erhalten, nicht leisten zu können. Da inzwischen weder Moskau noch Kiew und Washington aus einer Niederlage in

deutsche Außenpolitik. Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog, Potsdam: Potsdamer Wissenschaftsverlag WeltTrends 2022, S. 36.

⁴ Henry A. Kissinger: Großmachtdiplomatie, S. 8f.

⁵ Ebenda, S. 9.

diesem Krieg gesichtswahrend herauskommen, zieht dies den Krieg weiter in die Länge, werden die Opfer immer größer.

Die deutschen Medien interpretierten Geländegewinne der ukrainischen Armee mit ihrer Gegenoffensive bei Charkiw im Spätsommer nahezu unisono als „Wendepunkt“ des Krieges. Sie habe Russland „eine schwere Niederlage zugefügt“. Anfang 2023 interpretieren russische Propagandisten ihrerseits Geländegewinne in der Ostukraine als „Wendepunkt“. Was es jeweils bedeutet, bleibt offen, solange der Krieg eher den Grabenkämpfen des ersten als dem Bewegungskrieg des zweiten Weltkrieges ähnelt. Im Unterschied zu den USA hat Deutschland jedoch kein Problem der Gesichtswahrung. Insofern wäre es an der Berliner politischen Klasse, eigene Initiativen für einen Waffenstillstand und dann für eine diplomatische Regelung des Konfliktes zu unternehmen.

Bereits im Sommer 2022 besagten militäranalytische Feststellungen, das eigentlich überraschende Resultat des Krieges sei die Ineffektivität der russischen Kriegsführung. Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick schrieb: „Die Mehrheit der Analysten – ich eingeschlossen – sah zu Beginn des Krieges für die Verteidiger nur wenig Chancen, der vermeintlichen Überlegenheit des Aggressors standhalten zu können. Die Mängel der russischen Kriegsführung waren überraschend. Miserable Operationsführung, mangelhafte Logistik bis hin zu schwacher soldatischer Moral – dies im Gegensatz zur ukrainischen Widerstandskraft, deren Intensität ebenso überraschte.“⁶

Dies ist eine Folge des Systemwechsels. Im Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion eine kommunistische Regierung, eine kommunistische Militärführung und Parteimitglieder in der Truppe bis auf die Soldaten-Ebene hinab – die zum Sturmangriff voranstürmten, auch wenn sie „für die Sache“ unweigerlich sterben mussten. Putin hatte die kommunistische Machteroberung 1917 verurteilt, weil sie Russlands Kriegsführung im ersten Weltkrieg sabotiert und Russland daran gehindert hatte, 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles auf der Seite der Sieger zu sitzen. Putins Macht ist nicht die Fortsetzung der Sowjetunion mit anderen Mitteln, er will an der Herrschaft der Zaren anknüpfen.

Deren Kriegsführung jedoch war meist militärisch ineffektiv und aufwendig. Der Nordische Krieg von Peter I. benötigte über 20 Jahre, um den Zugang zur Ostsee dauerhaft zu gewinnen. Katharina II. brauchte sechs Jahre Krieg, um die Krim und den Anschluss an das Schwarze Meer zu erringen. Rücksicht auf die Opfer unter der eigenen Truppe und unter der Zivilbevölkerung wurde nicht genommen, die Generäle waren oft inkompetent, die Truppenkommandeure und Versorger korrupt. Insofern haben wir es bei der ineffektiven russischen Kriegsführung heute mit keiner Erscheinung zu tun, die es in der russischen Geschichte nicht schon gegeben hätte.

⁶ Johannes Varwick: Eskalationsdominanz im Ukraine-Krieg: Wider die Blauäugigkeit. In: Berliner Zeitung Online vom 13.09.2022 10:51 Uhr - <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/eskalationsdominanz-im-ukrainekrieg-wider-die-blauaugigkeit-li.266502> - [Stand: 18.01.2022].

Ungeachtet dessen kommt westliches Siegesgeheul zu früh. Bismarcks berühmter Satz: „Russland ist nie so stark oder so schwach, wie es scheint“, gilt auch heute. Varwick betonte, „trotz des ‚Nebels des Krieges‘“ – was eine Formulierung von Clausewitz in Bezug auf die Ungewissheiten eines jeden Krieges ist – ließen sich „die militärischen und politischen Kräfteverhältnisse“ deutlich bestimmen. „Den Ukrainern gelingt es zwar, durch das Zusammenziehen von Kräften sowie milliarden schwere westliche Waffenlieferungen und Unterstützung bei Ausbildung, Aufklärung und Zielerfassung punktuelle lokale Überlegenheit zu erreichen und damit auch lokale Durchbrüche zu erzielen. Die Eskalationsdominanz liegt jedoch auf russischer Seite.“ Eine solche Feststellung gelte heute als „russenfreundlich“, ist in der Tat jedoch eine realistische Beschreibung der Lage. Das heißt: „Die russischen Möglichkeiten sind keineswegs am Ende. Russland ist vielmehr bereit und in der Lage, seine selbst definierten militärischen Ziele in der Ukraine mit kaltem und langem Atem zu erreichen.“ Und Varwick setzte hinzu: „Allerdings ist unklar, wie diese Ziele aussehen.“⁷ Solange die letzten Kriegsziele Russlands ungewiss scheinen, sind Erwägungen über einen politisch-diplomatischen Ausweg reine Spekulation.

Am 21. September wurde mitgeteilt, dass Putin eine Teilmobilmachung angeordnet hat, 300.000 russische Reservisten, die bereits militärisch ausgebildet sind, sollten zu den Fahnen gerufen werden. Im Westen wurde dies als „Zeichen der Schwäche“ interpretiert. Tatsächlich folgt das der militärischen Logik seit Peter I.: Wenn die bisherigen militärischen Kräfte nicht ausreichen, muss man aus der Tiefe Russlands neue bereitstellen. Während die ukrainischen Kräfte – wenn man die Bilder der „siegenden“ Soldaten sieht, sind das meist ältere Männer – durch die seit Februar 2022 durchgesetzte Zwangsrekrutierung eine punktuelle Überlegenheit an einzelnen Frontabschnitten erreicht hatten, kann sich die russische Armee mit frischen Kräften so aufstellen, dass sie an verschiedenen Frontabschnitten eine neue Überlegenheit erringt. Im Dezember 2022 hieß es, mittels einer Anhebung der Altersgrenze für die Wehrpflicht von 27 auf 30 Jahre könnten in Russland zusätzlich Zehntausende Soldaten herangezogen werden, ohne eine weitere Teilmobilmachung formell anordnen zu müssen (*cash.ch*, 21.12.22).

Gewendete Zeiten

Professor Sönke Neitzel, zuständig für militaristische Betrachtungen, meinte am 6. Dezember 2022 bei Markus Lanz im Fernsehen, die von Kanzler Scholz verkündete „Zeitenwende“ sei in Gefahr. Das wie ein Zivilministerium geführte Verteidigungsministerium sowie die verbreitete Vorstellung unter den Deutschen, man werde nie wieder in den Krieg ziehen müssen, würden den Anforderungen dieser Wendung im Wege stehen. Es gäbe keine „Gesamtstrategie“ der EU und die Munition sei alle. Dagegen gelte: „Wir brauchen eine kriegsfähige Bundeswehr.“ In welche Kriege er ziehen möchte, nach den Erfahrungen von 1918 und 1945, sagte Neitzel nicht.

⁷ Ebenda.

Mit „Zeitenwende“ beschrieb Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 in einer Regierungserklärung die Zäsur, die der russische Angriff auf die Ukraine für Deutschland bedeute. Was hier apokalyptisch als Drohung artikuliert wurde, ist eine Anpassung an die Konfrontationsstrategie der USA und der NATO gegenüber Russland (und China). Mit einem Federstrich wurden langfristig bewährte Prinzipien der deutschen Außenpolitik über Bord geworfen, die mit Willy Brandt, dem Begriff der „Entspannung“ und mit fortgeltenden Grundsätzen deutscher Außenpolitik unter Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel verbunden waren. Die EU träumte von strategischer Autonomie und globalen Ambitionen; das ist vorbei. Wir wären aber nicht in Deutschland, schrieb Petra Erler, „wenn diese radikale Wende nicht verbunden wäre mit Selbstbeichtigung und tiefster Zerknirschung darüber, wie man bisher nur so eigensüchtig, naiv und blind sein konnte“, als wäre die deutsche Außenpolitik in den vergangenen 20 Jahren „von Trotteln gemacht worden“. Die große Angst geht um, „dass der eine Hegemon durch einen anderen abgelöst werden könnte“, und der könnte sich dann genauso oder noch schlimmer verhalten, als man es selber in den vergangenen Jahrhunderten getan hat.⁸

Wie bei einer deutschen weltpolitischen Bekundung nicht anders zu erwarten, hat der deutsche Kanzler seine „Zeitenwende“ nun global verallgemeinert. In der außenpolitischen US-Zeitschrift *Foreign Affairs* (Nummer Januar/Februar 2023) erschien am 5. Dezember 2022 ein Text unter seinem Namen mit dem Titel: „Die globale Zeitenwende“. Es ist jetzt nicht mehr einfach eine Zeitenwende oder eine ohne Attribut, sondern in der deutschsprachigen Fassung „die“ Zeitenwende, ebenso auf Englisch: „The Global Zeitenwende“. Der Terminus wurde ins Englische übernommen, wie früher „The Kaiser“ oder „Blitzkrieg“. Und Scholz verkündet seine urbi et orbi für die Welt.

Bereits im September sagte der Kanzler vor der UNO-Vollversammlung zu Russlands Ukraine-Krieg: „Das ist blanker Imperialismus! Die Rückkehr des Imperialismus ist nicht nur ein Desaster für Europa. Darin liegt ein Desaster auch für unsere globale Friedensordnung, die die Antithese ist zu Imperialismus und Neo-Kolonialismus.“⁹ In der Zeitschrift *Jacobin* (No. 10/2022) hieß es dazu ironisch: „Neuerdings werfen sich Großmächte gegenseitig vor, imperialistisch zu sein. Ein analytischer Begriff wird zur moralischen Empörungsfloskel degradiert“. In diesem Sinne taucht der „Imperialismus“ bei Scholz jetzt erneut als Empörungsfloskel auf: Imperialistisch sind immer die anderen, vor allem der Russe, nicht aber die USA oder der Westen.

Scholzens Beschreibung der Weltlage stellt eine Mischung aus Halbwahrheiten und Lügen dar. Zu ersteren gehört die zutreffende Feststellung, in den drei Jahrzehnten nach dem Ende des Kalten Krieges sei durch wachsenden internationa-

⁸ Petra Erler: Zeitenwende, S. 35, 37.

⁹ Siehe Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. September 2022 in New York. In: Bulletin der Bundesregierung. Nr. 115-1 vom 20. September 2022.

len Handel, „weltumspannende Wertschöpfungs- und Produktionsketten sowie einen nie dagewesenen Austausch von Menschen und Wissen über Grenzen hinweg“ erreicht worden, dass „über eine Milliarde Bürgerinnen und Bürger den Weg aus der Armut gefunden“ haben. Dabei unterschlägt er, dass darunter 800 Millionen Chinesen sind, die von einer im Westen übelbeleumdeten Kommunistischen Partei regiert werden. Dann folgt direkte Geschichtsklitterung. Scholz verweist auf Willy Brandts Worte, nun wachse zusammen, was zusammengehört, erstreckt dies jedoch kurzschlüssig auf den Beitritt östlicher Länder zu NATO und EU.

Dann hätte sich der „Schwerpunkt unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu „anderen vordringlichen Bedrohungen“ verschoben. Zuvörderst nennt Scholz „die Balkankriege“. Dass es hier um einen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien ging, verschweigt der Kanzler. Es folgt der Verweis auf Russlands Krieg in Georgien 2008. Dass einige Monate zuvor die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Bukarest die NATO-Aufnahme von Georgien und der Ukraine avisiert hatte, wird ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, dass es dann im Sommer 2008 die georgische Regierung war, die jenen Krieg gegen die abtrünnige Provinz Südossetien eröffnete, weil sie sich von der NATO dazu ermuntert fühlte.

Scholz behauptet, Putin habe zuvor auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“ 2007 „eine aggressive Rede“ gehalten. Tatsächlich hatte Horst Teltschik, früherer Sicherheitsberater von Kanzler Kohl und damals Chef jener Sicherheitskonferenz, Putin – eben weil in der NATO die weitere Osterweiterung diskutiert wurde – ermuntert, doch in München die russischen Sicherheitsbedenken offen zu erklären. Die nächste Lüge in Scholzens Darstellung ist, „der Kreml“ habe die Rüstungskontrollverträge untergraben. Kein Hinweis, dass es die USA waren, die den Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und das Open Skies-Agreement aufgekündigt haben und für das Scheitern des Vertrages zur Beseitigung landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen mindestens ebenso verantwortlich waren wie Moskau.

Bei Scholz folgt des Weiteren ein Verweis auf den „brutalen militärischen Einsatz zugunsten des Assad-Regimes in Syrien“. Dass der im Einklang mit dem Völkerrecht auf Bitten der syrischen Regierung erfolgte, während die westliche Politik zum Regime Change dort völkerrechtswidrig war, wird ebenfalls verschwiegen.

Zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges wird zutreffend das Minsk-Abkommen (2015) erwähnt, zugleich behauptet, Russland habe seine Umsetzung unmöglich gemacht. Tatsächlich hatte die Kiewer Regierung sich unablässig geweigert, die Vereinbarungen in Bezug auf eine Autonomie in Donezk und Luhansk zu erfüllen und das Feuer gegen die Bevölkerung dieser Gebiete tatsächlich einzustellen.

Der Kanzler-Artikel enthält sodann zwei bemerkenswerte Aussagen. Die eine bezieht sich darauf, dass Deutschland endlich auch eine neue militärische Rolle spielen soll. Es solle „einer der Hauptgaranten für die Sicherheit in Europa“

werden. Historisch stellt Scholz die jetzigen Bemühungen um eine deutsche Kriegsführungsfähigkeit auf eine Stufe mit Adenauers Schaffung der Bundeswehr und dem NATO-Beitritt 1955. Sicherheit wird auch bei Scholz wieder ausschließlich militärisch und nicht politisch-diplomatisch verstanden, „Verantwortung“ meint neuerlich nur Militär und Aufrüstung. In die deutschen Streitkräfte soll weiter investiert, die EU-Rüstungsindustrie ausgebaut, deutsche Truppen verstärkt „an der NATO-Ostflanke“ stationiert und die ukrainischen Streitkräfte sollen weiter ausgebildet und ausgerüstet werden. Dies solle auch weiterhin „nicht zu einer direkten Konfrontation mit Russland führen“. Frühere Begrenzungen bei Rüstungsexporten werden abgeschafft. Deutschlands „neue Rolle“ erfordere „eine neue strategische Kultur“. Was immer das bedeuten mag.

Der Text enthält Bekenntnisse zur „transatlantischen Partnerschaft“, zur NATO und zur Politik Bidens. Gleichzeitig lehnt Scholz Einschätzungen ab, wonach ein neuer Kalter Krieg heraufziehen würde, „der die Vereinigten Staaten und China als Gegner in Stellung bringt“. Er erinnert an seine Rolle beim deutschen G7-Vorsitz 2022, „in einer multipolaren Welt“ müssten „Dialog und Kooperation [...] auch außerhalb der demokratischen Komfortzone stattfinden“. Es gelte, auch „mit Ländern zusammenzuarbeiten, die demokratische Institutionen zwar selbst nicht angenommen haben“, aber „ein regelbasiertes System [...] unterstützen“. Das ist zwar noch kein Konzept der friedlichen Koexistenz. Aber ein offenes Einschwenken auf den Konfrontationskurs der USA gegen China sähe anders aus.

Ausgänge

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte zum Jahresende, die „militärische Unterstützung für die Ukraine ist der schnellste Weg zum Frieden“. Der Krieg werde – wie die meisten Kriege in der Geschichte – „am Verhandlungstisch enden“. Das, was die Ukraine dort erreichen könne, hänge jedoch „untrennbar von der militärischen Situation“ ab (*web.de*, 30.12.22). Der deutsche Vizekanzler Robert Habeck von den Grünen stieß in dasselbe Horn und nannte als deutsche Zielprojektion den ukrainischen Siegfrieden. Er hoffe, „dass eine militärische Situation entsteht, die der Ukraine die Definition über das Ende des Krieges ermöglicht. Und ihr erlaubt, ihre territoriale Integrität wiederherzustellen“ (*Der Spiegel*, Nr. 3 vom 14.01.23).

Militärische Lageeinschätzungen sehen anders aus. Nachdem in deutschen Medien monatelang vorwiegend ukrainische Meldungen über hohe russische Verluste an der Front verbreitet wurden, über die ukrainischen aber kaum berichtet wurde, erklärte US-General Mark Milley, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, im November 2022, dass in dem Krieg bis dahin etwa 200.000 Soldaten getötet oder verletzt worden seien, darunter etwa 100.000 russische und 100.000 ukrainische, sowie 40.000 Zivilisten ums Leben gekommen seien (*merkur.de*, 11.11.22). Condoleeza Rice, unter George W. Bush jr. Außenministerin, und Robert M. Gates, der demselben Bush sowie Barack Obama als Verteidigungsminister diente, publizierten in der *Washington*

Post (07.01.23) einen Artikel unter der Überschrift: „Die Zeit ist nicht auf Seiten der Ukraine“. Sie forderten, der Ukraine „dramatisch mehr Militärhilfe“ zur Verfügung zu stellen. Anderenfalls gerieten Russlands Streitkräfte in eine „starke Position“, was inakzeptabel wäre, und die USA würden schließlich militärisch direkt in den Konflikt hineingezogen.

Mit den Waffenlieferungen, vor allem deutschen Panzern und weiterem schwerem Gerät wächst die Gefahr, dass auch Deutschland im Verbund des „Westens“ real zur Kriegspartei wird. Wie alle Umfragen zeigen, lehnt ein relevanter Teil der deutschen Bevölkerung dies nach wie vor ab. „Eine nukleare Großmacht verliert keinen Krieg!“ gehörte bereits vor dem Ukraine-Krieg Russlands zum Allgemeinwissen der Militäranalysen. Die Gefahr eines Einsatzes von „kleinen“ atomaren Waffen – wie in Hiroshima und Nagasaki – wächst.

Ungeachtet dessen befindet sich Russland, wie in dem Online-Magazin *Telepolis* betont wird, durch den Einmarsch in die Ukraine in einer außenpolitischen Defensive; unabhängig vom militärischen Ausgang könne der Kreml nicht gewinnen (*heise.de*, 26.12.22). Deutschland aber auch nicht. Johannes Varwick betonte nun, das Kriegsgeschrei in Deutschland habe dazu geführt, realpolitische Positionen auszugrenzen. Unter einer gesinnungsethischen Perspektive erscheine eine Unterstützung der Ukraine berechtigt. Sie diene allerdings nicht einer Verhandlungslösung und damit der Verhinderung immer größerer Opfer. Nötig sei ein verantwortungsethischer Ansatz, der den Versuch eines Interessenausgleichs mit Russland wagt und nicht auf einen Sieg gegen Russland setzt.¹⁰

Die deutsche Außenpolitik dagegen hat keine eigenen Zielvorstellungen. Der Ukrainekrieg ist auch ein Krieg, der auf der Achse Washington – London – Warschau – Kiew gegen Deutschland gerichtet ist. Deutschland erfährt einen Verlust eigener Positionen gegenüber der Zeit vor 2022. Bereits Egon Bahr mahnte: Deutschland ist nicht mehr kriegsverwendungsfähig. Daran hat sich nichts geändert. Die politische Rolle Deutschlands darf jetzt nicht die eines Juniorpartners der Biden-Politik sein, sondern sollte auf Diplomatie, eigene politische Initiativen für einen Waffenstillstand und eine Beendigung des Krieges orientieren. Ein Abschied von der historischen Lehre, dass es Frieden und Sicherheit in Europa ohne bzw. gegen Russland nicht gäbe, wäre ein historischer Irrweg.

¹⁰ Johannes Varwick: Warum Realpolitik im Ukraine-Krieg mich ins Abseits manövriert hat. In: Berliner Zeitung Online vom 13.01.2023 15:40 Uhr - <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gastbeitrag-politikwissenschaftler-johannes-varwick-warum-realpolitik-im-ukraine-krieg-mich-ins-abseits-manoevriert-hat-li.303282> [Stand: 18.01.2023]